

Rezension: Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht

Völker, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Völker, S. (2013). Rezension: Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. [Rezension des Buches *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, hrsg. von I. Kurz-Scherf, & A. Scheele]. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 22(1), 165-167. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-446866>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele (Hg.)

Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht.

SUSANNE VÖLKER

Der 2012 in der Reihe Arbeit – Demokratie – Geschlecht erschienene Aufsatzband versammelt unterschiedliche Perspektiven und Problematisierungen der aktuellen Krisenprozesse und -politiken finanzkapitalistischer Regime von Ökonominen, Politikwissenschaftlerinnen und Soziolog_innen. Die sehr unterschiedlich argumentierenden Autor_innen sind sich einig, dass es ihnen explizit darum geht, gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen aus feministischer Perspektive zu bewerten. Sie wollen ausloten, mit welchen Kritik artikuliert und wo interveniert werden kann. Das Anliegen des Bandes ist außerordentlich ambitioniert: es sollen nicht nur zentrale feministische Debatten um die Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengeführt werden, sondern „über die aktuelle Krise hinausgehend die Verfasstheit von Ökonomie, Arbeit und Politik“ (10) analysiert werden. Im Zentrum des Bandes steht die Frage, ob „sich in der Krise Möglichkeitsräume für politisches Handeln (eröffnen) oder (...) auf die Wirtschaftskrise eine Krise der Politik, auf die Krise des Kapitalismus eine Krise der Demokratie (folgt)?“ (10)

Die Frage nach Möglichkeiten oder eben Unmöglichkeiten sozial-emanzipatorischer Interventionen wird im Band über drei thematische Schwerpunkte entfaltet: Im ersten Teil wird unter dem Titel „Hat die Krise ein Geschlecht?“ das vordergründig irritierende Phänomen diskutiert, dass einerseits im öffentlichen Diskurs die Finanzkrise als Krise der „Männer“ thematisiert wird, das vermeintlich „Weibliche“ als Hoffnungsträger und „Geschlecht“ als plausibles Erklärungsmuster für den krisenhaften Lauf der Welt fungiert, während sich andererseits feministische Analysen keineswegs einer breit geteilten Aufmerksamkeit erfreuen, weibliche Akteur_innen in der Finanzwelt marginalisiert und insgesamt die Politikformen (auch zu Ungunsten von Frauen) entdemokratisiert werden.

So arbeitet *Alexandra Scheele* heraus, wie durch das Gegenüberstellen von Politik einerseits und Expertentum als objektiviertes, interessenloses Wissen und Ausdruck rational-notwendigen Handelns andererseits politische Partizipation und Gestaltung delegitimiert wird. Die technokratische Politik der „Postdemokratie“ (Crouch) in ihrer Kombination aus Verwaltung, Sachgesetzlichkeit und Zeitdruck erklärt sich als alternativlose, „entöfentlichte“ (Sauer) Entscheidung und entzieht Politiken der öffentlichen Verhandlung und Kritik den Boden. *Brigitte Young* beschreibt die strukturellen und diskursiven Exklusionen von feministisch-ökonomischen Argumenten aus dem Feld der Finanzökonomie und den exklusiven Zirkeln der Finanzmarktakteure. Als Schwäche der derzeitigen feministischen Ökonomie sieht sie deren nicht systematisch makroökonomisch ausgerichtete Kritik des finanzdominierten Kapita-

lismus. *Ingrid Kurz-Scherf* zeigt, dass Kapitalismuskritik keineswegs ausschließlich Gegenstand linker, sozial-emanzipatorischer Projekte gewesen ist, im Gegenteil: auch aktuell bekäme „die rassistische Fundierung nationalsozialistisch-faschistischer Kapitalismuskritik“ (89) – wie sich in Deutschland und Frankreich zeige – wachsenden Zuspruch. Mit Rekurs auf jene Akteur_innen der Occupy-Bewegung, die sozialen Protest und die Forderung nach Umverteilung an eine feministische, androzentrismuskritische Strategie koppeln, argumentiert Kurz-Scherf gegen eine verengte Kapitalismuskritik und für die Wiederaufnahme des Diskurses um eine „andere Moderne“ (103) – es gelte die „doppelte Verkürzung der gesellschaftlichen (...) Lebensrealität auf a) ihre Ökonomie und b) deren kapitalistisch organisierte Segmente“ (102) zu durchbrechen. *Andreas Heilmann* bezieht aktuelle Krisenentwicklungen auf bereits länger andauernde Prozesse des strukturellen Wandels von Arbeit, der Erosion männlicher Normalarbeit und der „systemischen Krise männlicher Hegemonie“ (57). Er sieht in dem wachsenden Leidensdruck gerade auch von männlichen betrieblichen Akteuren die Artikulation gestiegener Ansprüche an ein (egalitäreres) „Geschlechterverhältnis, an Gute Arbeit und an das Ganze Leben“ (64) und betont hier Bündnismöglichkeiten für solidarische Arbeits- und Geschlechterpolitiken. Während Heilmann stark die reflexiven Bewusstwerdungsprozesse durch „männliche Krisenerfahrungen“ (59) in prekarierten Erwerbskonstellationen in den Mittelpunkt rückt, betonen Ergebnisse der Prekarisierungsforschung, dass die konstatierbaren Verschiebungen in den Geschlechterarrangements sich eher *in praxi*, in den erzwungenermaßen veränderten Lebensführungen zeigen als in reflexiven Anspruchsformulierungen.

Im zweiten Abschnitt „Zweitrundeneffekte – nach der Krise beginnt die Krise“ werden die Effekte der Fiskal- und Geldpolitik, des Umbaus von Sozialstaaten und der Organisation von Arbeit und Erwerbslosigkeit anhand der Verhältnisse zwischen EU- und nationalen Politiken (*Helene Schuberth*) und der Länderbeispiele Deutschland Österreich, Griechenland und Spanien diskutiert. Die detaillierten Politikanalysen verfolgen die Frage der Folgekostenabschätzung von Konjunkturprogrammen im Hinblick auf geschlechter(un)gerechte und exkludierende Verteilungswirkungen (Gender Budgeting), zeigen die Verschleierung und Umdeutung der globalen Finanzkrise in je spezifische, von der Bevölkerung auszubadende Staatsschuldenkrisen und – insbesondere in Spanien – den Abbau von Gleichstellungsinstitutionen auf. Im Konkreten informativ stehen diese eher tagespolitisch orientierten, kleinteilig kommentierenden Beiträge allerdings in einem Spannungsfeld zu den eher grundlegenden Diskussionen des ersten und des abschließenden dritten Teils „Alternativen denken“. Hier diskutiert *Eva Berendsen* Ausgangspunkte feministischer Alternativdiskussionen, die sie in der Bestimmung der Grenzen des Wachstums, der Parteinahme für das Soziale und das Zusammendenken von „Produktion“ und „Reproduktion“ sieht. *Irene Dölling* entwickelt mit der historischen und gegenwartsbezogenen Rekonstruktion des modernen Affiziertseins („Befallenseins“) vom Erwerbsarbeitsparadigma die Notwendigkeit, gesellschaftliche Alternativen von den

Rändern, den „Des-Integrationen“ zu denken, um Leben in relativem Abstand zur Erwerbsarbeit intelligibel und damit möglich zu machen. „Wesentliche Anstöße für ein Aufbrechen der ‚Arbeiter-Identität‘ müssen (...) primär ‚von außen‘ kommen, durch praktische Erfahrungen von Formen der Lebensführung, in denen Erwerbsarbeit zwar nicht zwangsläufig gegen null geht, in denen sie aber dennoch einen veränderten Stellenwert in dem Sinne hat, dass sie nicht mehr der alles beherrschende Vergesellschaftungsmodus ist“ (287). Während Dölling den Akzent auf die Infragestellung der soziologischen Klassifikationen, ihres Denkrahmens durch die praktisch herausgeforderten und kreativen Akteur_innen legt, richtet *Silke van Dyk* ihren Blick auf die Praktiken der Kritik und beklagt deren inhaltliche Substanz- und Konturlosigkeit. Sie diskutiert die in Anschluss an Boltanski und Chiapello von kritischen Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen breit geteilte Vereinnahmungstheorie der (Künstler-)Kritik als Schwächung aktuellen Widerstands. Dabei macht sie insbesondere einen problematischen Vorrang der Verfahrensfragen politischen Handelns gegenüber einer „utopische Leerstelle“ (303) aus. „Die Dominanz von Fragen des Raums (Camp) und der Form (Prozesse der Entscheidungsfindung) haben eine inhaltliche Leerstelle geschaffen, die es ermöglicht hat, die Bewegung weitgehend ‚beliebig zu vereinnahmen‘ (...)“ (306). Aus praxeologischer Perspektive ließe sich allerdings einwenden, dass die Praxis des Versammelns, das Bestehen auf vielfältiger Materialität, Lokalität von global verknüpften, prekären Leben und das Erproben inklusiver Modi politischen Lebens und Handelns nicht nur Verfahrens- sondern ebenso inhaltliche Fragen auf die Tagesordnung stellen. Wenngleich der Band den (zu) hohen Anspruch einer Zusammenführung unterschiedlicher Diskurse nicht ganz zu erfüllen vermag, bietet er doch für zentrale Fragen – des Verhältnisses von feministischer Ökonomie und Gesellschaftskritik, des Wandel des Politischen zwischen Entöfentlichung und Versammlung, der De- und / oder Restabilisierung der „männlichen Herrschaft“, des Ausfransens des Erwerbsarbeitsparadigmas – anregende Beiträge, die zur Vernetzung mit weiteren Diskursen – bspw. zum politischen Handeln – inspirieren.

Ingrid Kurz-Scherf, Alexandra Scheele (Hg.), 2013: Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Reihe Arbeit - Demokratie - Geschlecht Band 16, 2. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot. 313 S., ISBN 978-3-89691-903-8.